



Deutscher
BundeswehrVerband

Abteilung Recht

Deutscher BundeswehrVerband • Kapelle-Ufer 2 • 10117 Berlin

Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin

Berlin, 22. März 2017

Unsere Zeichen: stv ALR/LM
Bitte stets angeben

**Verbändeanhörung zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes und anderer
Vorschriften (BVGuaÄndG 2017)
Az. SER1 – 51/16**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Der Deutsche BundeswehrVerband wird keine Stellungnahme abgeben. Erstens enthält der Gesetzentwurf nach einer - sehr summarischen - Prüfung positive Änderungen.

Zweitens ist die Frist zur Stellungnahme für eine sorgfältige Prüfung zu kurz geraten. Der Entwurf ging bei uns per Mail am 16. März 2017 ein, was bis Fristende am heutigen Tage gerade einmal vier Werktage ausmacht. Auch bei kurzen Gesetzentwürfen mit vermeintlich nur positiven Änderungen ist diese Frist für eine sorgfältige Prüfung, Vorbereitung und Abstimmung einer Stellungnahme nicht ausreichend. Auch Ihr Referat - geschweige denn Ihr Haus - wird nicht in der Lage sein, auf neue Vorhaben so kurzfristig zu reagieren.

Daher bitte ich Sie, entsprechend dem Sinn und Zweck der Verbändebeteiligung eine angemessene Frist auch bei vergleichbaren Vorhaben vorzusehen.

Mit freundlichen Grüßen

